

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Richard Bräunig
Verlagsredaktion: 10011
Druckerei: 10011

Abend-Ausgabe bei täglich zweifacher Ausgabe monatlich 1.20 RM. (einmalig 10 Pf. für Kohlen-
lohn), durch Postweg 1.20 RM. einschließlich 14 Pf. Postgebühr (ohne Wertsteuerbefreiung) bei
Tagesausgabe 1.00 RM. einschließlich 10 Pf. Postgebühr. Die einseitige 30 mm breite
Seite 25 Pf., für andere 40 Pf., die 90 mm breite Weltamplitude 300 Pf., außerhalb 150 Pf.
abg. Weltamplitude 1.20 RM., Familienmitglieder und Schüler ermäßigt. Abg. 15 Pf., außer-
halb 25 Pf. Offizieller Postweg 30 Pf. Rubricierte Briefe gegen Entgelt.

Verlag v. Bräunig & Bräunig,
Dresden, Postfach 10011
Kölnstr. 10011
Dresden, Kölnstr. 10011
Kölnstr. 10011
Kölnstr. 10011

Gesamtdemission des Reichskabinetts

Berlin, 30. Mai. Reichskanzler Dr. Brüning hat dem Reichspräsidenten bei dem für heute mittag angelegten Empfang die Gesamtdemission des Reichskabinetts überbracht. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen. Der Reichspräsident beauftragte die bisherige Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte.

Im Anschluß an die Unterredung zwischen Hindenburg und Brüning berief der Reichspräsident den Reichstagspräsidenten Löbe zu sich. Der Reichspräsident wird die Führer aller Reichstagsparteien empfangen, um sich mit ihnen über die politische Lage auszusprechen. Zunächst wird der Führer der Sozialdemokraten und als zweiter der Führer der NSDAP-Fraktion Dr. Frick zum Reichspräsidenten gebeten werden.

Die Reichspolitik am Scheidewege

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. Mai. Der Reichspräsident hat sich in der für heute mittag 12 Uhr angelegten Unterredung mit dem Reichspräsidenten selbst getrennt. In Erwartung dieser Unterredung hat das Kabinett, das um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammentrat, wie wir hören, einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten seine Gesamtdemission anzubieten. Der Kanzler begab sich um 12 Uhr ins Präsidentenpalais und machte dem Reichspräsidenten davon Mitteilung. Hindenburg nahm die Demission an und beauftragte die Reichsregierung, wie üblich, mit der Fortführung der Geschäfte.

Mit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning, der nicht parlamentarisch erfolgte — Brüning wurde vom Reichspräsidenten selbst gerufen —, geht eine innerpolitische Entwicklung zu Ende, die einstmals in der Geschichte vielleicht als Uebergangsperiode vom parlamentarischen zum autoritären und wehrhaften Staat der Zukunft ihren Namen bekommen wird. In der Regierungsperiode dieses Reichskanzlers, dem die Rechte eigentlich vom ersten Tage an unerlässliche Opposition angelegt hat, liegt eine verhängnisvolle Kette von Selbsttäuschungen und Fehlmaßnahmen, und im großen und ganzen tragische Verläufe von Männern, die, ausgehottet mit dem Vertrauen der autoritären Persönlichkeit Deutschlands, sich von Notverordnung zu Notverordnung über die wahre Lage, sei es im Hinblick auf die Finanzen, sei es auf die Wirtschaft, sei es schließlich auf die Psychologie des deutschen Volkes, geirrt haben. Ein wahrer Miefensindus von persönlicher und laudlicher Vertrauen ist in dieser Zeit von einer Regierung verwirklicht worden, der gewiß der gute Wille nicht aberkannt werden kann, die aber im Endeffekt wirtschaftlich und finanziell, vor allen Dingen aber auch innerpolitisch, einen Trümmerhaufen ohne rechten Grund hat. In diesen Zeitabschnitt fällt auch der riesenhafte Aufschwung des Nationalsozialismus, der gerade am Vorabend des Regierungsurates, des 30. Mai 1932, erstmalig in einem deutschen Lande die absolute Mehrheit aller Stimmen eroberte.

Den entscheidenden Anstoß zum Sturz Brüning hat aber das M. Herbol gegeben, das den Widerstand drauhen im Lande bis zur Siebelhöhe gesteigert hat und, rücksichtslos, als eine der verheerendsten und psychologisch unglücklichsten Maßnahmen dieser Reichsregierung zu bezeichnen ist.

Das Kabinett Brüning führt in einem Augenblick, der, praktisch gesehen, wenig glücklichs gerät. Es führt an der Schwelle der wichtigen Reparationskonferenz von Lausanne und hinterläßt seinem Nachfolger eine derartige Fülle ungeklärter Probleme, daß schon die ersten Schritte dazu gehören müßten, ihrer kurzfristigen Herr zu werden, denn neben der bevorstehenden Lausanner Konferenz zählt die Verete fast sämtliche Reichskassen, die finanzielle Erschöpfung der deutschen Sozialversicherung im Schatten einer Massenarbeitslosigkeit, die auch der Sommer kaum merklich eingebüßt hat.

Ueber die Pläne des Reichspräsidenten ist zur Stunde noch nichts bekannt. Die Tatsache, daß er aber eine Besprechung mit den Exponenten des Reichstages herbeizuführen gedenkt, läßt den Schluß zu,

daß Hindenburg zunächst alle Möglichkeiten einer parlamentarischen Lösung dieser Regierungskrisis zum mindesten zu untersuchen beabsichtigt.

Allerdings besteht hier die Schwierigkeit, daß der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung schon längst nicht mehr einen Maßstab für die innerpolitische Gruppierung in Deutschland darstellt. Der Reichspräsident würde also zunächst einen neuen Kanzler ernennen müssen, der mit einer neuen Regierung vor den Reichstag tritt. Es ist nicht ersichtlich, welche Regierung es geben könnte, die im Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung noch eine Mehrheit fände. Infolgedessen wird voraussichtlich der Gang der Ereignisse sein, daß entweder eine Art Uebergangs-Kabinett sich dem Reichstag demnächst vorstellt, dort ein Vertrauensvotum erhält, zurücktritt und dann der Reichstag aufgelöst wird, um einem neu zu wählenden Parlament Platz zu machen. Eine solche Entwicklung würde verhältnismäßig viel Zeit erfordern. Die Lausanner Konferenz

würde dadurch unter Umständen gefährdet. Das muß aber unter allen Umständen vermieden werden, denn es geht in diesem Augenblick nicht an, den Franzosen, die Lausanne mit großen Befürchtungen entgegenzusehen, gemissermaßen die Fance zu geben, sich um die endgültige Entscheidung erneut herumzudrehen. Auch die Finanzlage des Reiches zwingt zu einer abschließenden Klärung der Verhältnisse. Die neue Notverordnung wird, nachdem Brüning gestürzt worden ist, zunächst nicht kommen können, denn eine geschäftsführende Regierung wird sie nicht unterzeichnen, und auch der Reichspräsident wird wenig Neigung haben, eine kommende Regierung in dieser Hinsicht zu binden. Es ist deshalb durchaus nicht ausgeschlossen, daß angesichts der außenpolitischen und der mehr als bedrohlichen Finanzlage des Reiches der Reichspräsident alsbald die Entscheidung auf eine diktatorische Regelung fällt, für die Deutschland längst reif ist. Das dieses Regierungssystem nicht gegen die zum Teil bereits zu absoluter Mehrheit durchgedrungenen Kräfte der Rechten errichtet werden kann, steht außer Zweifel.

In jedem Fall befindet sich auch der Reichspräsident am Scheidewege. Er wird sich, wenn wir recht unterrichten sind, für den parlamentarischen Weg entscheiden, wenn er glaubt, daß eine Reichstagsauflösung zu klaren Mehrheitsverhältnissen im Reich führt.

Im Reichspräsidenten von Hindenburg nicht dieser Auffassung, dann wird, wie gesagt, kein anderer Ausweg übrig bleiben, als daß im Gegenzug zur Brüning-Regierung, die eine verfehlerte Diktatur der Mitte war, eine Reichsdiktatur unter Zustimmung des Nationalsozialismus und aller Zelle der Reichsopposition errichtet wird. Außenpolitisch wird zur Stunde nun alles darauf ankommen, daß die Lausanner Konferenz stattfinden und Infolgedessen wird keine Zeit zu verlieren sein. Das Kabinett Brüning ist jedenfalls in einem Augenblick abgetreten, wo der Nachfolger vor einem Berg ungeklärter politischer Probleme steht. Sicherlich ist sich auch darüber der Reichspräsident im klaren gewesen. Die Tatsache aber, daß er in der Stunde des Rücktritts Dr. Brüning's noch nicht mit einem neuen Reichskanzler und einem neuen Kabinett vor die deutsche Öffentlichkeit tritt, scheint darauf schließen zu lassen, daß die Ereignisse sich in den letzten Stunden in einem Maße überstürzt haben, daß weder der Reichskanzler noch der Reichspräsident selbst erwartet zu haben scheinen. Die nächsten Tage dürften unter diesen Umständen für Deutschland von schicksalhafter Bedeutung sein.

Hochverratsverfahren eingestellt

Das preussische Material gegen die SA. hat

Leipzig, 30. Mai. Wie dem NSDAP. an ausländiger Stelle mitgeteilt wird, trifft die vom Nationalsozialistischen Pressedienst verbreitete Meldung zu, daß das gegen die ehemalige SA. in die Wege geleitete und auf das vom preussischen Innenministerium dem Oberreichsanwalt angelaufene Material gestrichelte Verfahren wegen Landesverrats vom Oberreichsanwalt eingestellt worden ist.

Zu der Einstellung des Verfahrens gegen die SA. bemerkt der „Völkische Beobachter“ unter anderem: Nunmehr habe die Reichsanwaltschaft die völkische Diktatur des unerschrockenen Landesverrats vorwurfslos erklärt. Damit sei eine Aktion zusammengebrochen, die die Minister Groener und Seevering mit ihren Namen bedeckt hätten und die Brüning schuldhaftig haben lassen. Diese Aktion habe aber zugleich hunderttausend anständiger deutscher Männer mit dem schwersten Vorwurf belastet. Der Vorwurf sei jetzt vom höchsten deutschen Gericht als vollkommen unbegründet zurückgewiesen worden. Wir verlangen daher, so schreibt das Blatt weiter, daß die verantwortlichen Minister samt dem Reichskanzler, der sie bedeckt hat, sofort aus ihren Ämtern verschwinden. Wir erwarten von Herrn Reichspräsidenten die sofortige Aufhebung des SA. Vorwurfs als einzig mögliche Genugtuung für die vor der gesamten Welt beschimpften und herabgewürdigten Formationen der NSDAP.

Der letzte Anstoß

Kuherordentlich rasch, wenn auch noch dem Ergebnis der gestrigen Aussprache zwischen dem von seinem ostpreussischen Güte heimgekehrten Reichspräsidenten und Brüning nicht mehr überraschend, kommt die Nachricht von dem Gesamtrücktritt des Reichskabinetts. Es hat sich nunmehr gezeigt, daß Hindenburg in der Stille seines Urlaubsaufenthalts, der Berliner Sphäre entrückt, bei der Ueberprüfung der Ergebnisse des Brüning'schen zu Entschließen kam, die ihm eine Fortsetzung der bisherigen politischen Linie nicht mehr als angelehnt haben erscheinen lassen. Die wachsende Stimmung im Volke gegen die Politik des Reichskanzlers, wie sie in allen bisherigen Wahlen zum Ausdruck kam, noch zuletzt das Echo, das die letzten Notverordnungspläne gefunden haben, und vor allem die entscheidenden außenpolitischen Probleme, zeigten dem Reichspräsidenten, daß eine Regierungsneubildung angestrebt werden müßte, die den Forderungen der nationalen Mehrheit des Volkes Rechnung trägt. Das Schicksal des Kabinetts Brüning war bereits am Sonntag entschieden. Als vollends das Ergebnis der oldenburgischen Wahlen bekannt wurde, blieb Brüning keine andere Wahl mehr, als zurückzutreten. So wurde dieses interessante und aufschlußreiche Wahlergebnis vielleicht zum letzten Anstoß für Brüning's Rücktritt. Da ihr Ergebnis gerade in die für Brüning's Schicksal entscheidenden Stunden fiel, werden sie wohl bedeutungsvoll auch für die Richtlinien der zukünftigen Entwicklung der Reichspolitik sein und rechtfertigen deshalb in diesem ereignisreichen Augenblick eine kurze Betrachtung.

Denn was sagt dieses Wahlergebnis? Zunächst fällt natürlich der wahrhaftig überwältigende Sieg der Nationalsozialisten ins Auge, denen es zum ersten Male gelungen ist, die absolute Mehrheit in einem deutschen Parlament zu erzielen. Ihr Ziel, auf dem legalen Wege der Erringung der Mehrheit in den Parlamenten zur Macht zu kommen, hat sich hier in triumphaler Weise erfolgreich erwiesen. Sie sind hart genug, allein eine Regierung zu bilden und zu führen. Diese Tatsache ist in der deutschen Parteilandschaft völlig neu. Noch niemals hatte in einem deutschen Parlament eine Partei eine solche Stärke erlangt, um auf Koalitionen mit anderen Gruppen verzichten zu können. Die Rollen des nationalsozialistischen Triumphes haben alle übrigen Parteien zu tragen, mit einer bemerkenswerten Ausnahme: Die Deutschnationalen haben ihre Stimmen um 25 Prozent steigern können. Diese Tatsache ist um so bedeutsamer, weil die Partei Dugenberg's in Oldenburg niemals von größerer Bedeutung war, aber jetzt trotz des gewaltigen Vormarsches der Nationalsozialisten auf politischem Neuland erhebliche Bodengewinne erzielen konnte. Wenn sich der deutschnationale Erfolg nicht in einem Mandatsergebnis äußerte, so liegt das daran, daß der neue Landtag um zwei Mandate kleiner sein wird als der alte. Wie ungünstig sich aber die Neugestaltung der parteipolitischen Verhältnisse für das Vorkommen, soweit es außerhalb der NSDAP. und der DNVP. steht, auswirkt, zeigt der Zusammenbruch der in der sogenannten Nationalen Vereinigung zusammengeschlossenen Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. Sie haben sechs Siebentel ihres Bestandes eingebüßt. Ihre 2000 Stimmen langen auch nicht entfernt zu einem Mandat, sind also verloren. Wären aber diese Stimmen auf die Liste der einstigen noch lebenskräftigen Partei des Bürgerturns, der Deutschnationalen, abgegeben worden, dann hätten sie sich infolge der Mehrminderungsverordnung in einem weiteren deutschnationalen Mandat ausgedient. Als daselbe Schauspiel, wie im Preußenparlament, wo zehn Mandate der mittelparteilichen Verpösterung und Selbstschändung zum Opfer fielen, die dort allerdings um so schäblicheren Folgen hatten, weil sie dem Zentrum wiederum die Schlüsselstellung verschafften.

Bemerkenswert ist auch der Rückgang sowohl der Sozialdemokraten wie der Kommunisten. Die beiden marxistischen Parteien hatten sogar in ihren industriellen

